

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

Die Situation von Endometriose-Betroffenen in Berlin verbessern

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die Grundlagen- und Versorgungsforschung am Berliner Endometriosezentrum (gemeinsam mit dem Bund) zu fördern und auszubauen und dabei die ärztliche Weiterbildung zur Versorgung von Patientinnen mit Endometriose zu berücksichtigen,
2. zu prüfen, welche Parameter in einem berlinweiten Endometriose-Register erhoben werden könnten, um die Versorgungssituation von Endometriose-Betroffenen abzubilden, und wie dieses in die regelmäßige Gesundheitsberichterstattung des Bundes eingebunden werden kann,
3. im Netzwerk Frauengesundheit eine jährliche Fachtagung zum Thema Frauengesundheit anzuregen und zu unterstützen; im Rahmen der Fachtagung sollen sich Mediziner:innen über den aktuellen Stand der Gendermedizin informieren können und mit Politiker:innen und Verbänden in den Austausch kommen,
4. die Grundlagen- und Versorgungsforschung sowie die multimodalen Therapieansätze bei Endometriose-Betroffenen auf die Agenda der Gesundheitsminister:innenkonferenz sowie die der Gleichstellungs- und Frauenminister:innen Konferenz zu setzen,
5. eine Bundesratsinitiative einzubringen, die nach dem Vorbild Frankreichs eine nationale Strategie gegen Endometriose mit konkreten Handlungsfeldern und Projekten beschreibt und zu deren Umsetzung ausreichende Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

Dem Abgeordnetenhaus ist spätestens bis zum 31. Dezember 2023 zu berichten.

Begründung:

Endometriose ist die zweithäufigste gynäkologische Erkrankung in Deutschland. Laut dem aktuellen Frauengesundheitsbericht des Robert-Koch-Instituts ist eine von zehn Frauen von Endometriose betroffen. Mit bundesweit ca. zwei Millionen Erkrankten und jährlich etwa 40.000 Neudiagnosen ist Endometriose damit in der Gruppe der Betroffenen doppelt so häufig vertreten wie Typ-II Diabetes.

Zu den Symptomen der Erkrankung zählen extrem starke zyklusabhängige Unterleibsschmerzen, die es den Betroffenen teils unmöglich machen, kontinuierlich einer Beschäftigung nachzugehen. Zum aktuellen Zeitpunkt sind die Ursachen dieser Erkrankung ungeklärt, sodass sich alle bestehenden Therapien ausschließlich auf die Behandlung der Symptome konzentrieren.

Trotz der weiten Verbreitung der Krankheit, den Konsequenzen für die Lebensqualität der Betroffenen, häufig unvertretbar langen Zeiträumen von sechs bis zehn Jahren bis zur Diagnose und ungeklärter Krankheitsursache wurde das Thema Endometriose bisher weder im Bundestag noch im Abgeordnetenhaus eingehend diskutiert.

Vor diesem Hintergrund liegt es auch in der Verantwortung des Bundeslandes Berlins, Rahmenbedingungen zu schaffen, die zu einer Verbesserung der Versorgungssituation von Betroffenen führen. Es müssen die Grundlagen- und Versorgungsforschung ausgebaut sowie die Therapieansätze erweitert werden.

Berlin, 26. Januar 2023

Saleh König Golm
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Gebel Graf Pieroth-Manelli Dr. Haghanipour
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Helm Schatz Schmidt Schulze
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke